

Rede zum Dreikönigsempfang am 13. Januar 2025
Katholikenausschuss Köln, Gregor Stiels, Vorsitzender
Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Reker, liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde, Partnerinnen und Partner des Katholikenausschuss, liebe Gäste!

Ich wünsche Ihnen allen ein erfolgreiches, gesegnetes und frohes neues Jahr 2025 und freue mich, dass sie zum Dreikönigsempfang heute so zahlreich gekommen sind!

Msgr Kleine hat Sie schon ausführlich begrüßt, ich möchte einen weiteren Gast besonders begrüßen, der heute Abend zum ersten Mal hier ist.

Herzlich Willkommen Volodymyr Chayka! Ich gratuliere Ihnen herzlich zu Ihrer Ernennung zum Ukrainisch-orthodoxen Bischof von Köln, Metropolit von Deutschland und Leiter der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Ukrainischen Patriarchats in Europa. Damit sind Sie der erste Bischof einer sehr jungen Kirche, die es sich zur Aufgabe gemacht hat seelsorgerlich die vielen orthodoxen Ukrainer zu betreuen, die gezwungen waren, ihr Heimatland zu verlassen. Aufgrund dieser Notlage wollen und müssen Sie besondere Lösungen finden. Für diese besonderen Herausforderungen und Aufgaben wünsche ich Ihnen von Herzen Gottes Segen und viel Erfolg für ihr Wirken und wünsche alles Gute für Ihre feierliche Amtseinführung am 1. und 2. Februar!

Lassen Sie mich heute Abend einmal kurz auf die besonderen Herausforderungen in dieser Stadt und in unserer Kirche schauen:

Im November letzten Jahres wurde von der Verwaltung ein Haushaltsentwurf für die Stadt Köln vorgelegt.

Und um es einmal an dieser Stelle ganz klar auszusprechen:

Dieser Haushaltsentwurf gefährdet das Ehrenamt in unserer Stadt.

Und dieser Haushaltsentwurf gefährdet den sozialen Frieden in unserer Stadt.

Die herausfordernde Ausgangslage für die kommunale Verwaltung und Politik in Zeiten der Krise öffentlicher Kassen, einer wirtschaftlichen Rezession und von spürbaren finanziellen Nachwirkungen der Corona-Pandemie ist mir durchaus bewusst. Ich halte es für sehr verantwortungsvoll, dass die Stadt Köln einen Haushalt erarbeitet, der ihr

Handlungsfreiheiten bei den sogenannten freiwilligen Leistungen lässt und der daher auch deutliche Kürzungen enthalten muss.

Die Entscheidung aber, was uns in Zukunft wichtig ist, wo wir in Zeiten sinkender Finanzmittel unsere Prioritäten setzen, das ist nicht Aufgabe der Verwaltung, das ist Aufgabe der Politik und deshalb müssen im Finanzausschuss am Freitag die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

Es wäre dabei wichtig zu hören, was für Sie, liebe Mitglieder des Rates in den nächsten 5-10 Jahren für diese Stadt wichtig ist, wo Sie Prioritäten setzen möchten und mit welchen mittelfristigen Maßnahmen und Schritten Sie zu diesen Zielen kommen möchten.

Kritisch müssen wir dafür in den Blick nehmen, welche Entscheidungen uns in dieser Stadt zu horrenden Zahlungen für Oper, U-Bahn, Kliniken usw. geführt haben und uns heute deutlich in unseren Handlungsfähigkeiten einschränken. Von diesen genannten Dingen können wir uns nicht alles leisten, diese Ausgaben müssen drastisch reduziert und Entscheidungen korrigiert werden. Denn diese finanziellen Belastungen aus der Vergangenheit und Gegenwart, dürfen auf keinen Fall zum Abbau eines sozialen Kölns in der Zukunft führen. Das wir mittlerweile 1,5 Milliarden Euro für eine Oper in Köln ausgeben, aber kein Geld mehr für die Stadtranderholung und damit beispielsweise für das erfolgreiche und wichtige Hövi-Land oder für Ferien zu Hause da ist, kann man mir nicht plausibel erklären. Diese pädagogisch wichtigen und Gemeinschaft stiftenden Angebote, die von vielen Kindern und Jugendlichen besucht werden, die sich einen teuren Urlaub nicht leisten können, stehen in der gewohnten Form vor dem Aus.

Auch nicht nachvollziehbar sind die Kürzungen bei unseren Jugendverbänden! In Zeiten, in denen wir mehr denn je unsere Demokratie schützen müssen, ist eine Kürzung dort, wo Demokratie auf hervorragender Weise gelernt und gelebt wird, ein fatales Signal.

Und schließlich wissen wir alle, dass die Menschen, die vor Krieg, Terror und sonstigen Notlagen zu uns geflüchtet sind, viel mehr sind als „Flüchtlinge“. Den einseitigen Erzählungen davon, dass geflüchtete Menschen Probleme machen und für die Probleme in unserer Stadt oder unserem Land verantwortlich sind, müssen wir die vielen Berichte von gelungener Integration und wertvollen Arbeitskräften entgegensetzen. Dafür braucht es aber weiterhin die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Strukturen in der Geflüchtetenarbeit, die durch Kürzungen vor dem Aus stehen.

Was es jetzt also braucht, ist ein städtischer Haushalt, der die Problemlagen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, der Seniorinnen und Senioren, der Menschen in Armut sowie allen Schwachen und Benachteiligten in unserer Stadtgesellschaft ernstnimmt. Dafür ist es auch nicht hinnehmbar, dass es abgehangene Stadtteile und Sozialräume gibt. Für die Begleitung und Beratung dieser Menschen muss eine gute Finanzierung – auch der stark gestiegenen (Lohn-)Kosten sichergestellt sein. Das heißt auch, dass es nicht nur eine durchdachte Finanzierung sozialer Einrichtungen für die nächsten zwei Jahre benötigt, sondern darüber hinaus auch in der mittelfristigen Planung. Alles andere wäre ein unsozialer Haushalt mit falscher Prioritätensetzung.

Wir möchten vor diesem Hintergrund die Akteurinnen und Akteure in der Kölner Politik und Verwaltung hiermit dazu auffordern, ihrer hohen Verantwortung zur Weitergestaltung eines sozialen Kölns gerecht zu werden und eine Nachbesserung des städtischen Haushalts – insbesondere in der Mittelfristperspektive und im Abgleich zu sonstigen Investitionsprojekten der Stadt – ernsthaft zu prüfen.

Schließlich möchte ich noch einen kurzen Blick auf die Themen und Herausforderungen der katholischen Kirche im Jahr 2025 nehmen:

Es finden nicht nur Bundestagswahlen und Kommunalwahlen statt, sondern auch voraussichtlich am 8. und 9. November im Erzbistum Köln Kirchenvorstands- und Pfarrgemeinderatswahlen. Schon in der aktuellen Wahlperiode konnten in Köln nicht mehr in allen Gemeinden Pfarrgemeinderäte gebildet werden und wir müssen ab sofort daran arbeiten, dass wir Kandidatinnen und Kandidaten für die kommenden 4 Jahre finden, die wir im November wählen können.

Für Verunsicherung sorgt, dass vielfach noch nicht klar ist, welche Funktion, Aufgaben und welche Möglichkeiten Kirchenvorstand und Pfarrgemeinderäte in den neuen Strukturen der 10 Pastoralen Einheiten in Köln haben. Da brauchen wir schnell Klarheit.

Klar ist, wie der Wandel in den nächsten 10 Jahren aussehen wird:

Wir wissen jetzt schon, dass 30-50% aller kirchlichen Gebäude umgewidmet werden müssen. Und hier wiederhole ich mein Statement vom letzten Jahr: Diesen Prozess müssen wir in Köln ökumenisch, gemeinsam mit der evangelischen Kirche angehen. Es muss unser gemeinsames Anliegen sein, dass in allen 86 Kölner Veedeln mindestens ein Kirchort erhalten bleibt, den wir dann gemeinsam nutzen. Ich freue mich, dass wir auf Stadtebene so eng und vertrauensvoll auch daran arbeiten. In diesem Jahr muss es uns gelingen dieses Anliegen in unsere Gemeinden zu transportieren und vielleicht mit einem ersten positiven Gelingen anderen Mut machen, dass dies möglich ist.

Es kommt ab sofort auf die Verantwortlichen im Ehrenamt und Hauptamt die Kunst der Exnovation zu, wie es Prof. Faix in seinem Vortrag auf dem Ökumenetag 2024 in Köln beschrieben hat. Gemeinsam müssen wir Praktiken und Prozesse identifizieren, die nicht mehr wirksam sind. Gebäude und Strukturen benennen, die nicht mehr tragbar oder nützlich sind. Bewusst müssen wir uns entscheiden diese zu einem guten Ende zu bringen. Erst dann haben wir den nötigen Spielraum, um anstehende Innovationen durchzuführen.

Dabei müssen wir im besten Sinne des Wortes katholischer, allumfassender werden.

In Zukunft brauchen wir mehr Vielfalt, als vielfach dasselbe!

So unterschiedlich die Menschen sind, so unterschiedlich müssen unsere Antworten sein
Glauben zu erfahren und Glauben zu leben. Das ist katholisch, das ist Kirche der Vielfalt, das
ist unsere Zukunft!

Ich wünsche mir, dass dies in unseren 10 Pastoralen Einheiten in Köln nicht trotz des
Erzbistums gelingt, sondern mit ihm!

Auch wenn wir aktuell und in den nächsten 10 Jahren eine Kirche im Umbruch sind, kann ich
Ihnen versichern, dass der Katholikenausschuss weiterhin die katholische Stimme in Kirche,
Politik und Gesellschaft bleibt.

Das müssen wir auch sein, angesichts der Herausforderungen in diesem Jahr!

Wir werden weiterhin sehr darauf achten, dass die zukünftigen Wahlkämpfe nicht auf Kosten
von Minderheiten, insbesondere geflüchteter Menschen gemacht werden. Konkret in einem
Fairnessabkommen mit dem Runden Tisch für Integration.

Wir werden uns weiterhin entschieden gegen den auch in unserer Stadt aufkommenden
Antisemitismus stellen und stehen fest an der Seite unserer jüdischen Nachbarinnen und
Nachbarn. Das werden wir auch in diesem Jahr wieder in einem Ökumenischen Schweigegang
deutlich machen.

Und wir werden weiterhin wachsam sein und unsere Stimme erheben, wenn durch
Falschinformation, Hassreden und Populismus unsere Demokratie in Gefahr gerät. Ich weise
in diesem Zusammenhang gerne auf die Demonstration „#5vor12 Laut für Demokratie“ am
25.1. um 11.55 Uhr auf dem Heumarkt hin.

In diesem Sinn möchte ich enden mit der Jahreslosung der evangelischen Kirche für 2025, die
mich sehr angesprochen hat und die ich Ihnen gerne nahelege:

„Prüft alles und behaltet das Gute.“ (1. Thessalonicher 5,21)